

## Zum „Ja“ der FREIEN WÄHLER zu den Empfehlungen an die Kommission für die TTIP-Verhandlungen

Verlautbarungen in den sozialen Medien, die Abstimmung gebe eine Antwort auf die Frage, ob man für oder gegen TTIP sei, ist falsch. Die FREIEN WÄHLER verfolgen TTIP weiterhin sehr kritisch. Das Abkommen wäre für uns derzeit nicht zustimmungsfähig, weshalb wir uns in gewohnter Weise konstruktiv und sachorientiert für Verbesserungen einsetzen.

Bei der Abstimmung im Europaparlament ging es um Empfehlungen an die EU-Kommission für die TTIP-Verhandlungen. Fast ein halbes Jahr wurden sie im Parlament beraten und sind die Essenz der Bedenken der europäischen Volksvertreter von über 500 Millionen Menschen aus 28 Staaten.

Mit der Annahme des Texts gerät die EU-Kommission unter Druck und unter einen erheblichen Zugzwang: Weil das Europaparlament nach Abschluss der Verhandlungen dem TTIP-Abkommen zustimmen muss, sind die europäischen Verhandler gut beraten, den Empfehlungen des Parlaments zu folgen. Ein bahnbrechender Erfolg für die FREIEN WÄHLER: Das Parlament will beispielsweise mehrheitlich keine Schiedsgerichte, sondern ein neues System, das unter anderem „die Rechtsprechung der Gerichte der EU und der Mitgliedstaaten [achtet]“.

Wären die Empfehlungen mit all den wichtigen Korrekturen nicht angenommen worden, könnte die EU-Kommission weiterhin ihre Verhandlungslinie völlig frei und ungebunden gestalten. Die FREIEN WÄHLER sahen mit einem starken Mandat des EU-Parlaments die einzige Chance, die Außenhandelskommissarin Cecilia Malmström an die kurze Leine zu binden und ihren Gestaltungsspielraum in den Verhandlungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger deutlich einzuschränken.

Die FREIEN WÄHLER stehen für pragmatische Sachpolitik und stellen sich gegen jede Form von Fundamentalopposition. Es waren die politischen Ränder im Parlament vom Front National über die FPÖ bis hin zur Linkspartei und Syriza, die bekannt dafür sind, im Grundsatz alles im Europaparlament abzulehnen.

Genau diese Kräfte sind es, die jetzt der Öffentlichkeit vormachen wollen, eine Mehrheit des Parlaments hätte schon für das Abkommen selbst mit „Ja“ gestimmt. Wir stimmen TTIP aber nicht zu, sondern kämpfen dafür, dass die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger nicht eintreten werden.

Mit der Stimme der FREIEN WÄHLER konnten wir die Kommission unter anderem zu nachstehenden Punkten auffordern. Wer diesen nicht zugestimmt hat, hat „Ja“ zu einem unkalkulierbaren „TTIP-Monster“ gesagt.

1. Weitere Verbesserung der **Transparenz** und Einbindung Interessierter.
2. **Positivlisten statt Negativlisten** für den Marktzugang: Dienstleistungen, die ausländischen Unternehmen offen stehen, müssen ausdrücklich angegeben werden.

3. Einmal privatisierte öffentliche Dienstleistungen müssen wieder unter öffentliche Aufsicht gestellt werden können (**Rekommunalisierung**), **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** wie Wasserversorgung, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, Sozialversicherung und Bildung müssen ausgeklammert werden.
4. **Keine Kompromisse** bei europäischen **Datenschutzstandards**.
5. Weiterhin müssen Maßnahmen zum **Schutz** und zur **Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt** getroffen werden können und die Kulturwirtschaft sowie Dienstleistungen im Bereich Kultur, Bildung, audiovisuelle Medien und Pressedienste müssen weiterhin finanziell von staatlicher Seite unterstützt werden können.
6. Keine weitere Liberalisierung in unserem **Bildungssystem**.
7. Die **Buchpreisbindung** muss erhalten bleiben.
8. Uneingeschränkte **Anerkennung geographischer Angaben**.
9. Erzeugnisse müssen zum tatsächlichen Ursprung mit entsprechender **Kennzeichnung** in jedem Fall rückverfolgbar sein.
10. Ein Höchstmaß an Gesundheitsschutz und Sicherheit im Einklang mit dem **Vorsorgeprinzip** sowie gemäß den verbraucher-, arbeits-, umwelt- und tierschutzrechtlichen Vorschriften und im Sinne der kulturellen Vielfalt der EU.
11. **Keine Auswirkung auf unsere Standards**: TTIP darf sich nicht auf noch festzulegende Normen in solchen Bereichen auswirken, in denen die USA im Vergleich zur EU völlig andere Rechtsvorschriften oder Normen gelten. Hierzu zählen die Umsetzung geltender Vorschriften (wie die europäische Chemikalienverordnung REACH), der Erlass neuer Vorschriften (z.B. beim Klonen) oder neue Begriffsbestimmungen mit Auswirkungen auf das Schutzniveau (z.B. chemische Stoffe mit endokriner Wirkung).
12. **Keine Kompromisse bei Lebensmittelsicherheit** und dem Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie bei **öffentlichen Gesundheitsdiensten, Gentechnik, Hormoneinsatz** in der Rinderzucht, der **Chemikalienverordnung REACH** sowie beim **Klonen** von Tieren.
13. **Keine Kompromisse bei der regulatorischen Kooperation**: Keine Beeinflussung des Europaparlaments und keine Verzögerung von Gesetzesvorhaben. Das Recht der nationalen, regionalen und lokalen Behörden, selbst Vorschriften zu erlassen, muss vollständig gewahrt werden.
14. **Ziel muss eine weitere Anhebung des Schutzniveaus bei Arbeits- und Umweltnormen sein**: Ausrichtung von TTIP auf die acht grundlegenden Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO), der Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO sowie der wichtigsten internationalen Abkommen im Umweltbereich.
15. **Kein Fracking durch TTIP**: Die Exploration, Förderung und Gewinnung von Energiequellen müssen die Mitgliedstaaten weiterhin selbst entscheiden können.
16. **Keine Schiedsgerichte**. Stattdessen ein neues Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten mit folgenden Kriterien: Demokratische Grundsätze und Kontrolle, transparente Verfahren, öffentlich bestellte und unabhängige Berufsrichter, eine Berufungsinstanz, Achtung der Rechtsprechung der Gerichte der EU und der Mitgliedstaaten, Ziele des Gemeinwohls über den privaten Interessen.